

Was hat Theologie an der Universität zu suchen? Ein Gespräch über Gott, Urknall, Glauben und Wissenschaft.

SCHWERPUNKT SEITEN 4-5



ILLUSTRATION: RAHEL NICOLE EISENBERG

INFOS AUS IHRER KIRCHGEMEINDE > BEILAGE

reformiert.

Kirchenbote / Kanton Zürich

EVANGELISCH-REFORMIERTE ZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE UND RÄTOROMANISCHE SCHWEIZ

NR. 11.2 | NOVEMBER 2015
www.reformiert.info

INFOS AUS IHRER KIRCHGEMEINDE > BEILAGE



FOTO: NIKLAUS SPOERRI

PORTRÄT

Religionen an einem Tisch

Nachdenken über Eigenes und Fremdes hilft, Vorurteile abzubauen. Davon ist Anna Degen überzeugt. Sie gründete das Forum junger Christen und Muslime, das Angehörige beider Religionen zusammenbringt. SEITE 8

.....

FLÜCHTLINGE

Ein Lächeln zum Empfang

Die Mittelmeerinsel Lampedusa ist Zufluchtsort für Zehntausende Flüchtlinge. Die Waldenser helfen dort nicht nur mit Lebensnotwendigem, sondern schenken den Menschen zum Empfang auch ein Lächeln. SEITE 3

.....



FOTO: MARTIN GUGGISBERG

REFORMATION

Botschaft der Freiheit

Wenn die deutsche Reformationsbotschafterin Margot Kässmann und ihr Schweizer Kollege Christoph Sigrüst auftreten, ist das Grossmünster übervoll. Sie liessen den Geist der Reformation im Heute leuchten. SEITE 2

.....

KIRCHGEMEINDEN

BEILAGE. Alles Wissenswerte über Ihre Kirchgemeinde lesen Sie in der «reformiert.»-Beilage. Ihr Kirchgemeindegemeindefunktionär orientiert Sie, wann die Gemeindefunktionäre jeweils erscheinen.



FOTO: REUTERS

Von Salafisten ungern gesehen: Smartphones begeistern auch die saudischen Frauen

Saudi-Arabien zwischen Selfiekult und Koran

ISLAMISMUS/ Madawi al-Rasheeds Bücher stehen auf dem saudischen Index. Die Politologin hält dem autoritären Staat den Spiegel vor. Sie war zu Besuch in Zürich.

Die saudiarabische Politologin Madawi al-Rasheed ist prominent, und ihr Name steht auf dem Index des Heimatlandes. Über den Grund, warum die Professorin der renommierten London School of Economics zur Staatsfeindin erklärt wurde, muss man nicht lange rätseln. Was die Professorin in Zürich bei einer Veranstaltung der «Christian Solidarity International» darlegte, reicht in ihrem Heimatland für eine lebenslange Gefängnisstrafe aus. Schon der Besitz ihrer Schriften brachte im autoritären Königreich Menschen hinter Gitter. Pointiert zeigt sie, wie Islamischer Staat und saudisches Königreich auf der gleichen geistigen Grundlage bauen.

Natürlich weiss die Professorin, was die beiden trennt: Beide haben den Anspruch, den reinsten Islam zu verkörpern. Aber bei beiden gehört das Köpfen, Auspeitschen und Steinigen zum Repertoire des Strafvollzugs. Beide setzen rigoros die Geschlechtertrennung durch und sind angetrieben von dem Gedanken des Jihad, des heiligen Kriegs.

JIHAD ALS STAATSIDELOGIE. Der Jihad als Staatsideologie war für das Königshaus Saud bereits in seinen Anfängen angelegt. Vor 200 Jahren ging der Stamm der Saud die unheilvolle Allianz mit dem religiösen Gelehrten Muhammad ibn Abd Al-Wahhab ein. Das Ziel: die Stämme auf der arabischen Halbinsel zu unterwerfen. Obwohl sie Muslime waren, wurden sie als Ungläubige angesehen. Dieses Paradox bringt die Professorin auf folgende Formel: «Die Muslime wurden islamisiert.»

Zwischen 1902 und 1930 brachten die Saudis nicht nur die heiligen Moscheen von Mekka und Medina unter ihre Kontrolle, sondern den grössten Teil der arabischen Halbinsel. Bündnispartner und Waffenlieferant im Hintergrund: Grossbritannien.

Dieser Umstand weist für al-Rasheed auf eine aktuelle Parallele hin: «Auch die Amerikaner hoffen, mit dem autoritär-salafistischen Saudi-Regime den Nahen Osten unter Kontrolle zu halten.»

Die Jihad-Ideologie bekam nach al-Rasheed zusätzliche Bedeutung, als 1979 das vom Westen gestützte Schah-Regime im Iran durch die islamische Republik ersetzt wurde. Nun musste Saudi-Arabien noch mehr beweisen, der Hort des reinen Islams zu sein. Seither wird die gesamte Politik entlang der Kluft zwischen Schiiten und Sunniten ausgerichtet: von der Bekämpfung des alewitisch-schiitischen Assad-Regimes in Syrien bis zu den aktuellen Bombardements gegen die jemenitischen Huthis.

HOFFNUNG AUF DAS INTERNET. Innenpolitisch behindert die Jihad-Ideologie alle Versuche zu einer liberalen Öffnung. Denn der selbst gesetzte Anspruch erfordert, die Gesetze der Scharia strikt einzuhalten. Das birgt viel Sprengstoff in sich, da für die strenggläubigen Salafisten sich Coke und Koran ausschliessen. So wird den wohlhabenden Saudi-Frauen einiges abverlangt. Sie dürfen sich nur im schwarzen Ganzkörper-Schleier öffentlich zeigen, müssen immer von einem Mann begleitet sein. Auf der anderen Seite sabotiert der vom Konsum geprägte Lebensstil mit Smartphones und Shoppingmalls die salafistischen Sitten.

Der opulente Konsum der Oberschicht ist auch eine Provokation für die vom Petrodollar-Reichtum Ausgeschlossenen. Mittlerweile haben vor allem junge Menschen – mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist unter 25 Jahren – keine Arbeit. Deshalb gab es zu Beginn des Arabischen Frühlings im scheinbar reichen Saudi-Arabien eine ähnliche Ausgangssituation für soziale Unzufriedenheit wie in Tunesien und

Ägypten. Als damals die ersten Schockwellen der Aufstände Saudi-Arabien erreichten, kursierte im Internet die Forderung nach mehr Lohn.

Solche Aktionen zeigen zugleich den Unterschied zu den nordafrikanischen Ländern. Al-Rasheed sagt: «Da der Protest auf der Strasse kriminalisiert ist, findet er im Internet statt.» Im Netz kursieren Fotos von Partys der Prinzen, finden sich kritische Texte von Oppositionellen, die auf eine stärkere Trennung von Staat und Religion dringen oder auch eine konstitutionelle Monarchie fordern. Auf diese Kräfte setzt al-Rasheed ihre Hoffnung für den Wandel. Es seien indes nicht nur Liberale, sondern auch moderate Islamisten, wie sie in ihrem Buch «Muted Modernist» unterstreicht.

GEBROCHENE VERSPRECHEN. Hinter diese These der Reformfähigkeit der Islamisten setzt die Politologin Elhea Manea ein Fragezeichen. Eines der Spezialgebiete der Wissenschaftlerin von der Universität Zürich sind die islamistischen Bewegungen. Ob die radikalen Taliban in Afghanistan oder die angeblich moderaten Muslimbrüder in Ägypten – überall sei bei den regierenden Islamisten der totalitäre Charakter unübersehbar. Charakteristisch sei all diesen Bewegungen: «Sie diskriminieren ihre Bürger auf der Basis von Religion und Geschlecht.» Kein islamistisches Staatswesen habe bisher die gleichen Rechte für alle Bürger garantiert.

Manea erinnert an den Beginn der Ära Erdogan. Viele politische Beobachter sahen in seiner Politik den Beweis, dass politischer Islam und rechtstaatliche Prinzipien harmonieren könnten. «Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass das, was Erdogans Partei AKP verspricht, und das, was sie in der politischen Praxis macht, etwas völlig anderes ist.» DELF BUCHER